

Fadegrad



von
Nina Fehr Düsel

Wir bestimmen selbst

Ich kann mich gut an die Zeit erinnern, als viele Parteien – mit Ausnahme der SVP – noch einen EU-Beitritt befürworteten. Heute tut dies eigentlich niemand mehr. Dennoch gibt es nach wie vor Bestrebungen, uns immer mehr der EU anzupassen.

Doch unsere Freiheit ist ein kostbares Gut. Die Unabhängigkeit und Selbstbestimmung bilden auch die Grundlage für die Erfolgsgeschichte unseres Landes. Die Stimmbürger haben in der Schweiz das letzte Wort. Volk und Kantone (Stände) bestimmen, was in der Schweiz als höchstes Recht gilt. Sie sind der Souverän, und damit sind wir immer sehr gut gefahren. Diese bewährte Ordnung garantiert Rechtssicherheit und Stabilität und ist damit auch eine wichtige Rahmenbedingung für einen attraktiven Wirtschaftsstandort. Leider gibt es aber zunehmende Einflüsse, welche unsere Unabhängigkeit einschränken wollen. So stellt sich der Bundesrat, die anderen politischen Parteien und das Bundesgericht auf den Standpunkt, dass die Bestimmungen des internationalen Rechts (Völkerrecht) höher als jene in unserer Verfassung stehen.

Durch solche Bestrebungen werden unsere Rechtssicherheit und Stabilität infrage gestellt und Volksentscheide werden nicht mehr respektiert. Die rechtliche Selbstbestimmung der Schweiz wird unterlaufen.

Volk und Stände haben beispielsweise der eigenständigen Steuerung der Zuwanderung und auch der Ausweisung krimineller Ausländer zugestimmt. Die Politiker verweigern die Umsetzung unter Berufung auf nicht zwingendes internationales Recht/Völkerrecht. Die Selbstbestimmungsinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter» der SVP gilt es deshalb zu unterstützen. Sie garantiert Rechtssicherheit und Stabilität, indem das Verhältnis zwischen Landesrecht und internationalem Recht geklärt wird. Die Bundesverfassung soll unsere oberste Rechtsquelle sein, die direkte Demokratie soll bewahrt werden und Volksentscheide sollen umgesetzt werden. Die Wahrung der Menschen- und Grundrechte werden eigenständig gewahrt. Es gilt den schleichenden EU-Beitritt oder die Anpassung an fremdes Recht zu verhindern. Dadurch können wir auch unseren Wohlstand und unsere Arbeitsplätze sichern.

Nicht zuletzt haben wir im Ausland nach wie vor eine hohe Beachtung und müssen uns nicht in allen Belangen anpassen, wie dies Rot-Grün gerne behauptet. Auch bei meinen Ausländererfahrungen wird mir immer mehr bewusst, wie gerne viele Nachbarstaaten mit uns tauschen würden. Diese Werte und unser Erfolgsrezept gilt es zu schützen. Unsere Stabilität hilft auch den anderen.

VERANTWORTUNGSLOSER UMGANG MIT STEUERGELDERN

Bühnenreife Theaterstücke im spar-unwilligen Schauspielhaus

Die Stadt Zürich, der kulturhörige Gemeinderat, die international ausstrahlende und kulturverantwortliche Stadtpräsidentin, ein offensichtlich überforderter Verwaltungsrat, sie alle machen es möglich: Die kulturelle Selbstverwirklichung in Zürichs Schauspielhaus!



Martin Götzl
Gemeinderat
Fraktionschef SVP
Zürich 11

Das Schauspielhaus. Internationale Ausstrahlung. Fünf Bühnen. Jährlich 160 000 Zuschauer. Jedes Jahr 600 Veranstaltungen. Jahresbudget 48,6 Mio. Franken. 288 Theater-Schaffende. Pfaunen und Schiffsbau. Ein sogenanntes «Filletstück» in der Theaterszene. Diese und weitere Attribute werden den Zuhörern in den Ratssitzungen jeweils genussvoll in die Gehörgänge vermittelt. Wahrlich Bühnenreif.

Die Kernaufgabe, nämlich eine genügende Auslastung seiner Programme zu gewähren, nimmt das Schauspielhaus offensichtlich nicht wahr. Dafür werden unverständliche Handlungen ausgeführt, die keineswegs in den Aufgabenbereich der mit 38 Mio. Franken subventionierten Institution gehören. Namentlich die Unterbindung des lokalen Gewerbes und das aktive Mitwirken in einem Abstimmungskampf.

Freipass-Subventionen

Am 25. November 2015 haben wir im Rathaus über das Kulturleitbild debattiert. Und den Kulturinstitutionen in der Stadt Zürich über 100 Mio. Franken für jedes der folgenden vier Jahre zugesprochen. In keinem wiederkehrenden Betriebsbeitrag ist es dem Gemeinderat gelungen, in diesen wirtschaftlich angespannten Zeiten auch nur einen Franken des vom Stadtrat geforderten Budgets zu reduzieren. Dies, während andere Bereiche wie Gesundheit, Bildung, Sicherheit usw. Federn lassen mussten.

Kultur ist Chefsache. Kultur repräsentiert die Stadt. Kultur ist das Prunkstück der Stadtpräsidentin. Die SP, hörig. Die Grünen im Schlepptau. Die FDP im Interessenkonflikt infolge ihrer Mandate in den Verwaltungsräten der Kulturorganisationen.

Andere Parteien mit geringfügigen Ansätzen, die bedingungslose Subvention zu hinterfragen. Die «Classe Politique» der Stadt Zürich mit einer «Selbstbeweihräucherung». Die SVP ist nicht einverstanden mit diesen Freipass-Subventionen, jedoch alleine auf weiter Flur.

Zugedeckt und schöngeredet

Das Schauspielhaus hat in der Spielzeit 2014/15 deutlich weniger Karten verkauft als im Vorjahr. Vor allem die Pfaunenbühne schwächelte. Dennoch taxiert der Verwaltungsrat das Ergebnis als erfreulich. Mit 55 Prozent Auslastung kann kein Spitzenhotel zufrieden sein – und auch kein Theater vom Renommée des Schauspielhauses Zürich.

Obwohl die Billett-Einnahmen klar unter den Erwartungen lagen, wie im Geschäftsbericht festgehalten ist, weist das mit 38 Millionen Franken subventionierte Haus einen kleinen Gewinn von 30 000 Franken aus.

So werden unerwünschte Auslastungen und Zustände zugedeckt und schöngeredet.

Verantwortungslos und anmassend

Gleichzeitig und im Interesse des lokalen Gewerbes sind namhafte Anbieter wie McDonald's und Spar bereit, Geschäftsmodelle zu entwickeln. Das Schauspielhaus bremst jedoch die geplanten Projekte aus, mit eingereichten Rekursen. Die namhaften Investoren erachten es als Bedürfnis, den Studierenden des angrenzenden Hochschul-

gebiets, Lebensmittelprodukte anzubieten. Es geht nicht an, dass sich das Schauspielhaus in die Bedürfnisse und die Entwicklung des lokalen Gewerbes einmischt und so Arbeitsplätze verhindert.

Daneben wirkt das Schauspielhaus auch noch aktiv in einem Wahlkampf mit. Auf der offiziellen Internetseite vom Schauspielhaus wird für ein NEIN zur Durchsetzungsinitiative geworben, was alles andere als die Aufgabe des Schauspielhauses ist.

Die SVP fordert den Stadtrat auf, seine Aufsichtspflicht beim Schauspielhaus wahrzunehmen. Dies ist mit drei Verwaltungsratssitzen formell zwar garantiert, jedoch geschieht dies nicht zielorientiert. Zudem erfolgen Interventionen lediglich auf ideologischer und nicht auf ökonomisch sinnvoller Ebene. Das Schauspielhaus hat die Aufgabe, Theaterstücke zu produzieren und nicht auf politischer Ebene ins lokale Gewerbe einzugreifen.

Zudem stellt sich die Herausforderung, mit den jährlichen subventionierten 38 Mio. Franken vernunftvolle Auslastungen zu erzielen. Aktuell erscheint die jährliche wiederkehrende Subvention wie ein Freipass, ohne Erwartungen und Ziele. Dies ist ein verantwortungsloser Umgang mit den Steuergeldern.

ABSTIMMUNG VOM 28. FEBRUAR

Linke und «liberale» Polit-Hooligans

Dass sich nur die SVP einsetzt, schwerkriminelle Ausländer und ausländische Wiederholungstäter konsequent auszuschaffen, zeigt wieder einmal eindrücklich: Es gibt in der Schweiz nur eine Volkspartei. Alle anderen Parteien und sonstige elitäre Gruppierungen kämpfen auf der anderen Seite mit einer absurden Lügenkampagne dafür, dass ausländische Mörder und Vergewaltiger unter uns bleiben.



Samuel Balsiger
Gemeinderat SVP
Zürich 9

Es geht aber der Gegenseite wohl insgeheim nicht um die Sache. Sondern wie Hooligans, die in ihrem blinden Hass mit den Fäusten wild um sich

schlagen, wütet die politische und gesellschaftliche Elite gegen die SVP. Nach dem historischen Sieg bei den Nationalratswahlen muss scheinbar mit allen Mitteln und ohne Rücksicht auf Verluste ein weiterer Erfolg der Volkspartei verhindert werden.

Die Wahrheit und somit die Glaubwürdigkeit sind dabei die ersten Opfer. Vor allem die FDP und die mittlerweile fast gleichgeschalteten Medien geben ein erbärmliches Bild ab.

Dass sich die Polit-Hooligans in einem stillen und einsamen Moment, wenn sie wieder zur Vernunft kommen, für ihren Einsatz im Namen der

Kriminellen schämen, ist aus menschlicher Sicht wünschenswert. Dies mag auch der Grund sein, warum die SVP in Zürich-Altstetten am letzten Wochenende, wie in den vergangenen Wochen, die einzige Partei war, die eine Standaktion durchführte. Die linken und «liberalen» Polit-Hooligans bleiben wohl aus Scham den Strassen fern ...

LESERBRIEF

Durchsetzungsinitiative ist menschlich!

Im Zusammenhang mit der Abstimmung vom 28.2. erscheinen stets Schlagworte. Dieser Begriff ist mittlerweile arg strapaziert, im Alltag ist die Anwendung schon lange immer liberaler und weicher geworden – Rechtsverfahren bis zum «geht nicht mehr». Grundsätzlich steht in einer direkten Demokratie das Volk zuoberst, es befindet über das Zusammenleben.

Daraus erfolgt dann die entsprechende Gesetzgebung. Bei der Kriminalität gibt es das Strafrecht, welches durch Richter angewendet wird. Allfällige weitere Massnahmen in diesem Zusammenhang wie auch in anderen Bereichen (z.B. Strassenverkehrsgesetz) kann das Volk festlegen.

Ob dabei die Verhältnismässigkeit gewahrt ist, muss als sehr subjektiv und willkürlich eingeordnet werden, da habe ich persönliche Erfahrungen – darum: das Volk bestimmt die Kriterien. Es ist also naheliegenderweise wichtiger, dem Opferschutz als dem Täterschutz (Härtefallklausel) das nötige Gewicht beizumessen. Volk und Stände haben dies im Rahmen der Ausschaffungsinitiative bereits so beschlossen. In der Umsetzung hat dann die Politik die Aufweichung dieser Absicht wieder hineinmanövriert.

Es ist für mich nicht nachvollziehbar, dass ein seit längerem oder gar seit Geburt in der Schweiz lebender Ausländer, der voll integriert sein soll und seinen Lebensmittelpunkt bei uns ge-

staltet, sich nicht einbürgern sollte. Verfahren und Kosten sind heute kein unzumutbares Hindernis mehr. Andernfalls sind Secondos eben Ausländer und verwirken im Straffall das Gastrecht, wie es immer und überall ebenfalls Brauch ist. Dass ein Verein Secondo-Plus findet, die Schweizerfahren sei überholt und müsse der heutigen Multi-Kulti-Gesellschaft angepasst werden, das ist leider Tatsache und hat rein gar nichts mit integriert zu tun, sondern ist geradezu unanständig und respektlos!

Diese Initiative, die letztlich Klarheit und Gerechtigkeit schaffen will, dient schlussendlich allen Bürgern, insbesondere auch den anständigen, integrierten und unbescholtenen Ausländern. Sie schützt und dient allen Menschen, gewichtet vor allem die Opfer mehr als die Täter und ist daher in höchstem Masse menschlich – erfordert also in JA!

Und überdies: Pfarrpersonen in Ehren, die Stellung beziehen, eine Meinung haben und sich speziell für das Christentum stark machen (hier hapert es bedenklich), aber dass sie politisch agieren und parteipolitische Zurückhaltung vermissen lassen, das geht jetzt gar nie. Da braucht es niemand zu wundern, wenn die Glaubwürdigkeit abbröckelt und eine Abkehr von einer für alle Menschen vertrauensvoll wirkende Kirche stattfindet ...

Eugen Hunziker, Oetwil am See



SVP-Standaktion in Zürich Altstetten für die Ausschaffung von kriminellen Ausländern.

Biedermänner



Simon Büchi
Gemeinderat
Präsident SVP Winterthur

Immer wieder gab es Brände in der Stadt. Biedermann ahnte, dass die beiden Fremden, die sich in seinem Dachboden eingenistet haben, nichts Gutes im Schilde führten. Doch selbst als die beiden Eindringlinge Benzinfässer stapelten, wollte Biedermann die Gefahr nicht wahrhaben. Er wollte ein Menschenfreund sein und überreichte den beiden als Zeichen den Vertrauens gar Streichhölzer, mit welchen diese bald darauf das Haus in Brand steckten. Als die Benzinfässer explodierten, starb Biedermann. Zum Schluss versetzte Max Frisch seinen Protagonisten im Drama «Biedermann und die Brandstifter» in die Hölle, welche dieser irrtümlich für den Himmel hielt. Es gibt in Winterthur eine Mo-

schee, in welcher fundamentalistische Parolen gepredigt werden. Die Regierung steckte zuerst den Kopf in den Sand und schwieg sich aus – was nicht sein darf, kann nicht sein. Als sich die Hinweise verdichteten, dass in der Annur-Moschee IS-Kämpfer rekrutiert wurden, musste die Stadt öffentlich Stellung beziehen. Seither führt sie Gespräch um Gespräch. Ohne den vielen Worten Taten folgen zu lassen. Derweil gehört es in den umliegenden Schulen zum Unterricht, die Moschee zu besichtigen. Auf jenem Boden, wo junge Männer zum Terror verführt wurden, lernen unsere Kinder den Wert der multikulturellen Bereicherung kennen. Die Biedermänner tadeln in ihren Reden die Brandstifter und die Extremisten, den Terror und den Fundamentalismus. Und leisten mit ihrer Trägheit genau diesen Kräften Vorschub. «Lehrstück ohne Lehre», nannte Max Frisch sein Drama im Untertitel. Ich hatte das Stück in der Schule ungenügend gelesen – heute finde ich es äusserst lehrreich.